

Erdogans Invasionstruppen werden Kulleraugen machen

Schutzzone in Nordsyrien: „Außenpolitische Kehrtwende im Sturzflug“ und „Glatte Verstoß gegen das Völkerrecht“, FR-Politik vom 23. Oktober und Leserforum vom 19. Oktober

Die Feigheit vor dem Freund

Wenn es je die Berechtigung oder Verpflichtung für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr gab, dann muss jetzt die Bundeswehr beauftragt werden, deutsche IS-Mitglieder in Syrien als Polizei in Untersuchungshaft zu nehmen. Was soll eine Erhöhung des Militäretats, wenn ein solch begrenzter Einsatz nicht möglich ist? Die kurdischen Gefängniswärter bitten seit langem flehentlich darum, auch Assad müsste jetzt ein Interesse daran haben. Eine Zustimmung von UN und EU ist nicht nötig. Zum Schutz der Bundeswehripolizeisoldaten vor den türkischen Invasoren sind harte Wirtschaftssanktionen gegen Erdogan anzudrohen (Verweigerung von VW-Investitionen, Reiseverboten). Auf dieser Basis hätte die von C. Tomuschat geforderte deutsche Diplomatie Chancen, ohne Verstrickung in die Nato als Verteidigungsbündnis auf der Basis des Faustrechts, sondern auf der Basis von Art 24 (2) GG, eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, das die Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt.

Dabei ist einzugestehen, dass der „Islamische Staat“ entstanden ist aus dem verlogenen Faustrechtskrieg von G.W. Bush. Der IS, die dadurch unmachtete Elite unter Saddam Hussein, hat sich ihren gestohlenen Staat zurückgeholt, zweifellos mit verbrecherischen Mitteln, die abgeurteilt und bestraft werden müssen. Frieden im Nahen Osten und ein Ende von IS-Anschlägen überall auf der Welt werden erst erreicht, wenn die Interessen des IS an einer eigenen autonomen Region ebenso berücksichtigt werden wie die der Israelis, der Palästinenser und der Kurden, die in ihrer Region ein vorbildliches Gemeinwesen entwickelt haben. Wer an der Idee eines Staats für die IS-Verbrecher erschrickt, sei daran erinnert, dass auch die deutschen NS-Verbrecher einen neuen, friedlichen Staat aufbauen durften. Ein moralisches Überlegenheitsgefühl gegenüber dem IS



Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer (CDU) beim Truppenbesuch im Nordirak.

DPA

verbietet sich angesichts des verbrecherischen US-Drohnenlynchmordkriegs mit verarmten „Kollateralschäden“ unter der Zivilbevölkerung, an dem Deutschland massiv logistisch beteiligt ist. Die deutsche Regierung muss sich hier dringend entziehen und die bisherige Feigheit vor dem Freund aufgeben, um glaubwürdig Verantwortung für den Frieden in der Welt zu übernehmen.

Friedrich Gehring, Backnang

Wo gehobelt wird, da fallen Späne

Dieser Dialog ist natürlich frei erfunden:

Putin: Herr Erdogan, mein Plan lautet wie folgt: Nachdem sich die Amerikaner zurückgezogen haben, marschieren Sie in Nordsyrien ein. Daraufhin werden die Kurden in Panik geraten und Herrn Assad um Beistand bitten. Der erhält daraufhin kampfflos und unter russischem Einfluss sein Territorium zurück, und Sie bekommen ihre Sicherheitszone ... zumindest vorerst. Die syrische Armee wird sich Ihnen gegenüber zurückhalten.

Erdogan: Und die Amerikaner?

Putin: Die werden sich ruhig verhalten. Herr Trump kann seinen Rückzug als Wahlversprechen verkaufen, das ist ein Deal für ihn, mit dem er gut fährt. Im Übrigen wird er sich eh nicht weit aus dem Fenster lehnen, er befürchtet, dass noch mehr Details über seine Politik herauskommen. Er steht intern schwer unter Beschuss.

Erdogan: Und die EU?

Putin: Die EU ist eine Lachnummer, ängstlich und zerstritten. Drohen Sie ihnen mit einer neuen Flüchtlingswelle, dann wird sich die Empörung auf diplomatische Entrüstung begrenzen. Am Ende werden sie froh sein, wenn ihr die syrischen Flüchtlinge ins Kurdengebiet umsiedeln werden und die sich nicht auf den Weg nach Westen machen.

Erdogan: Und die Nato?

Putin: Ein zahnlöser Tiger. Die Türkei erhält doch auch von uns Waffen. Die größte Furcht der Nato ist, dass sie die Türkei als Partner verlieren. Da haben sie nichts zu befürchten.

Erdogan: Und die Kurden?

Putin: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Erdogan: Und der IS?

Putin: Das Spiel geht immer weiter, mein Freund.

Jochen Fretz, Frankfurt

Waffengewalt folgt nicht automatisch

Thomas Ewald-Wehner führt in seinem Leserbrief aus: „Spätestens jetzt kann zu jedem Zeitpunkt der ‚Nato-Bündnisfall‘ zur (militärischen) Beistandspflicht des Nato-Mitgliedsstaates Deutschland mit unübersehbaren Folgen führen.“

Der Angriff auf einen Bündnispartner führt aber nicht „automatisch“ zur Anwendung von Waffengewalt durch die anderen Bündnispartner. Artikel 5 des Nato-Vertrages lässt jedem Mitglied Spielraum: Jede der Parteien ist bei einem bewaffneten Angriff auf eine oder mehrere Parteien verpflichtet, Beistand zu leisten, „indem jede von ihnen unverzüglich für sich und in Zusammenarbeit mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und zu erhalten.“ Wenn also eine Partei, nachdem

der Bündnisfall festgestellt worden ist und damit das Recht auf individuelle und kollektive Verteidigung nach Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen gegeben ist (was aber auch noch Interpretationssache sein dürfte) „für sich“ feststellt, dass die Anwendung von Waffengewalt nicht erforderlich ist, ist das ihr gutes Recht, denn es geht um „Maßnahmen, die sie für erforderlich erachtet. Da steht der Singular.“

Der Text gibt nicht her, dass der Feststellung des Bündnisfalls „automatisch“ die Anwendung von Waffengewalt folgt, er gibt auch nicht her, dass eine Partei, die in einem solchen Fall gegen die Anwendung von Waffengewalt ist, von den anderen zur Anwendung dieser Gewalt gezwungen werden kann. Und wenn doch, dann ist es politischer Druck, dem diese Partei folgt, rechtlich zwingend ist das nicht. Ich halte die Formulierung zudem für eine, die den USA ermöglichen sollte, nicht in jedem Fall von festgestelltem Bündnisfall mit Waffengewalt zu reagieren. Diese Hintertür sollte aus der Sicht der Supermacht für sie offen sein, wenn sie sich schon der Feststellung eines Bündnisfalles nicht würde entziehen können.

In der Publizistik wird deutlich zu schnell mit der Verpflichtung zur kollektiven Anwendung von Waffengewalt argumentiert.

Roswitha Ristau, Braunschweig

Die neue deutsche militärische Verantwortung

Da darf man auf die Reaktion der Betroffenen gespannt sein, wenn Kramp-Karrenbauer die Welt mit neuer militärischer Verantwortung Deutschlands beglückt und an der Spitze eines Bundeswehr-Fähnleins in Nordsyrien interveniert. Erdogans Invasionstruppen werden Kulleraugen machen, alles wird wieder gut und Kramp-Karrenbauer Bundeskanzlerin! Nur zur Erinnerung: Dereinst hatten die Gründer der Bundesrepublik Deutschland nach dem Nazi-Desaster geschworen: Nie wieder Krieg! Joachim Bohndorf, Bensheim

Diskussion: frblog.de/nordsyrien

Deutsche Ingenieurskunst

Zu: „SUV machen Klima-Fortschritte zunichte“, FR-Wirtschaft vom 22. Oktober

Der Anti-SUV-Protest kommt als städtischer Protest daher: „Dieses Auto gehört nicht in die Stadt!“ Aber aufs Land? 2,5 Tonnen Autogewicht wollen bewegt sein ... Die Fehlleitung (endlicher) Ressourcen ist offensichtlich, die CO₂-Bilanz desaströs. Klima-Fortschritte könnten schnell realisiert werden – ohne eine Diskriminierung von SUV-Fahrer*innen: Tempo 120 auf den Autobahnen, Landstraße 80 und innerörtlich 30 km/h; so forderte es jüngst auch die Linke/Hessen. Besonders der ÖPNV ist durch neue/zusätzliche, preisgünstige Beförderungangebote gefordert und stellt diese zeitnah zur Verfügung.

Ab dem 1.1.2021: Zulassung von Neu-PKW nur noch als Drei-Liter-Autos. Verwunderlich, warum diese alte Forderung nicht gestellt wird. Die deutsche Auto-

industrie hätte eine einjährige Umstellungszeit und könnte sich durch smarte, intelligente PKW profilieren. Die so oft gepriesene deutsche Ingenieurskunst ist gefordert. Die deutsche Autoindustrie produziert die Drei-Liter-Autos so, dass eine 95-prozentige Wiederverwertung der Bauteile möglich ist und schafft Recycling-Industrie in Form einer „Kreislaufwirtschaft“. Der VW-Autogigant könnte an den Lupo anknüpfen! Die Arbeitsplätze in der deutschen Automobil-Industrie wären absehbar gesichert.

Beim sozialökologischen Umbau sind auch die Gewerkschaften jetzt hart gefordert. Es gibt erkennbar Bereitschaft und politisches Wollen, eine klimafreundliche Wende mitzubewirken!“

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Ein Täter, der sich als Opfer geriert

Zu: „Streit um Pressefreiheit auf der Buchmesse“, FR-Regional vom 22. Oktober

Die Buchmesse wird von der Frankfurter Buchmesse GmbH, einem Wirtschaftsbetrieb des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, auf dem Gelände der Messe Frankfurt GmbH durchgeführt. Gesellschafter der letzteren sind zu 40 Prozent das Land Hessen und zu 60 Prozent die Stadt Frankfurt. Hausherr der Buchmesse ist die Buchmesse GmbH. Aussteller, Fachbesucher und Privatbesucher erkennen deren Regelwerk bei der Anmietung von Ausstellungsfläche sowie bei Bestellung bzw. Kauf von Fachbesucher- und Besucherausweisen an. Die Herstellung von Öffentlichkeit im Sinn der Pressefreiheit zählt zu den Leitlinien dieser Veranstaltung. Denn wo, wenn nicht dort, könnten Verlage, Buchhandel

und Leser ihre freiheitliche Position besser deutlich machen?

Auch der Publizist und Verleger Götz Kubitschek, welcher der „Neuen Rechten“ sowie den Sympathisanten der AfD zugeordnet wird, hat diese Geschäftsbedingungen formal akzeptiert. Aber ähnlich wie seine Freunde Björn Höcke und Alexander Gauland sucht er die Provokation bis hin zur verbalen Gewaltandrohung. Bewusst geriert er sich bei jeder Gelegenheit als Opfer, obwohl er seit Jahren Täter ist, weil er die politische Landschaft mit einer rassistischen und völkischen Ideologie vergiftet. Diese steht im Widerspruch zu den Grundwerten der Verfassung.

Damit Kubitschek sein Spiel treiben kann, bedarf er der Unterstützung durch solche Vertre-

ter von Behörden und Justiz, die über keine demokratische Kompetenz verfügen. Wenn Polizisten mit den Usancen des Presserechts offensichtlich nicht vertraut sind (wie der Vorfall auf der Buchmesse belegt) und sich von Hasspredigern wie Kubitschek instrumentalisieren lassen, fehlen ihnen wichtige Grundvoraussetzungen für die Ausübung des Polizeidienstes. Aber auch die Leitungsebene, also Polizeipräsident und Innenminister, erweist sich als fachlich und politisch ungeeignet.

Es ist höchste Zeit, dass Innenministerium und Polizei von Persönlichkeiten geleitet wird, die den Geist der Demokratie und des Rechtsstaats verinnerlicht haben.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt